GEHEIMDIENSTE

Besserer Schutz

Aus Angst vor einer flächendeckenden Überwachung durch ausländische Geheimdienste will der Bundestag seine Gebäude von Fachleuten überprüfen lassen. Am Donnerstag berät die sogenannte IuK-Kommission (Informations- und Kommunikationstechnik) des Parlaments, ob man ein entsprechendes Angebot des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) annehmen will. Das BSI hat vorgeschlagen, in ausgewählten Bundestags-Liegenschaften in Berlin eine „partielle Signalauswertung“ durchzuführen. Das Amt will unter anderem prüfen, ob angeblich abhörsichere Räume wirklich nicht belauscht und ob Festnetztelefone zur Raumüberwachung genutzt werden können. Zudem soll geklärt werden, wie sicher die herkömmlichen Mobiltelefone der Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter sind. Insbesondere die sorglose Nutzung von Smartphones ist dem BSI seit Jahren ein Dorn im Auge. Ein Großteil der Abgeordneten schlägt bis heute Warnungen in den Wind, dass die Geräte von Hackern und Geheimdiensten wie mobile Wanzen genutzt werden können. Kryptohandys gelten den Volksvertretern als zu umständlich und werden mehrheitlich abgelehnt. Rund um den Bundestag befinden sich unter anderem die Botschaften Großbritanniens, Russlands, Frankreichs und der USA. Letztere soll aus dem Botschaftsgebäude heraus die Kommunikation von Kanzlerin Angela Merkel und anderen Regierungsvertretern ausgespäht haben. Auf Anfrage des Linken-Abgeordneten Jan Korte teilte Bundestagspräsident Norbert Lammert Ende Februar gleichwohl mit, er sehe keinen Anlass für „gefahrenabwehrrechtliche Maßnahmen“ oder die Einleitung von Ermittlungen. Korte findet das befremdlich und hofft nun auf die IuK-Kommission: „Nur weil sich die Bundesregierung aus Angst vor einer Auseinandersetzung mit den Verbündeten offenbar mit dem Abhören durch ‚befreundete‘ Dienste abgefunden hat, heißt das ja nicht, dass dies das Parlament oder die Opposition genauso machen müssen.“

SEAN GALLUP / GETTY IMAGES

Regierungsviertel

HC PLAMBECK

Von der Leyen

RÜSTUNGSREFORM

Auftrag noch einmal prüfen

Die Neuordnung des pannenanfälligen Rüstungsbereichs im Verteidigungsministerium gerät ins Stocken. Im Februar hatte Ministerin Ursula von der Leyen, CDU, Rüstungsstaatssekretär Stéphane Beemelmans und den zuständigen Abteilungsleiter von ihren Aufgaben entbunden, da sie sich nicht ausreichend über Risiken bei mehreren Projekten informiert fühlte. Gleichzeitig kündigte sie eine Durchleuchtung aller größeren Beschaffungsprojekte durch eine unabhängige Unternehmensberatung an. Damals schon votierte von der Leyen für das weltweit agierende Unternehmen McKinsey. Wegen Eilbedürftigkeit wollte sie den Auftrag für etwas weniger als 400 000 Euro zunächst an die Beraterfirma vergeben und hoffte auf schnelle Ergebnisse, möglichst schon im Sommer. Zwar liegt das Auftragsvolumen knapp unter der Grenze, ab der man ein solches Projekt europaweit hätte ausschreiben müssen. Die Juristen im Wehrressort meldeten allerdings Zweifel an einer freihändigen Vergabe an, zumal sich bereits Konkurrenten McKinseys mit Angeboten gemeldet hatten. Das Ministerium will die Vergabe des Auftrags nun juristisch noch einmal eingehend darauf prüfen lassen, „welche vergaberechtlichen Vorschriften anzuwenden sind“, so eine Auskunft an den Bundestag.